


SPORTLICH, SPORTLICH ...
Rita Lord geht mit 100 noch ins Fitness-Studio. Ein Porträt. Seite 18
VOLKSDROGE NUMMER EINS
Warum Arzt und Moderator Eckart von Hirschhausen vor Alkohol warnt. Seite 22

ÜBERBLICK
Diese Milliardäre sind aus Rheinland-Pfalz

MAINZ (red) Auf der Welt gibt es immer mehr Milliardäre. Auch in Rheinland-Pfalz gehören einige Menschen zu diesen Superreichen. Wer sie sind und wie sie zu ihrem Vermögen gekommen sind, lesen Sie auf **Seite 2**

Erstmals wieder mehr Zigaretten versteuert

BERLIN (red) Erstmals seit fünf Jahren ist der Zigarettenabsatz in Deutschland wieder gewachsen. 2024 wurden rund 66,2 Milliarden Zigaretten versteuert. Das sind 3,5 Prozent oder 2,2 Milliarden mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. **Seite 6**

Mikroplastik: Gefahr für Mensch und Umwelt

DÜSSELDORF (red) Die Wissenschaft warnt: Mikroplastik aus Plastik werden für den Menschen zu einem großen Krebsrisiko. Die Teilchen scheinen überall zu sein. **Seite 22**

ZITAT

„Ihre Blockade macht mir keine Angst.“

Gustavo Petro

Kolumbiens Staatschef wendet sich direkt an US-Präsident Donald Trump, der zuvor im Streit um Abschiebeflüge Strafvollzug in Höhe von 25 Prozent auf alle Waren aus Kolumbien ankündigte. Die Regierung in Bogotá hatte zuvor die Landung von zwei US-Militärflugzeugen mit aus den USA abgeschobenen kolumbianischen Migranten an Bord untersagt. Später hieß es jedoch vom Weißen Haus, Präsident Petro habe allen Bedingungen Trumps zugestimmt, der Zollstreit sei beendet.

WETTER

Seite 28
RUBRIKEN

GELD UND MARKT	SEITE 6
FERNSEHEN	SEITE 25
HÄGAR	SEITE 24
SUDOKU	SEITE 24
FREIZEIT	SEITE 22
FÜR KINDER	SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.instagram.com/trierischervolksfreund

Produktion dieser Seite:
Alexander Schumitz/Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,50 €, NR. 23


HOLOCAUST-GEDENKEN
Verantwortung kennt keinen Schlusstrich

AUSCHWITZ (KNA) Die aus den NS-Verbrechen erwachsende Verantwortung Deutschlands hört aus Sicht von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nie auf. „Erinnerung kennt keinen Schlusstrich und Verantwortung deshalb auch nicht“, sagte das deutsche Staatsoberhaupt am Montag bei einem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers. Steinmeier wurde von Holocaust-Überlebenden begleitet, darunter auch der Trierer Christian Pfeil. **FOTO: DPA**
Themen des Tages Seite 3

Merz: SPD und Grüne sollen Mehrheit mit AfD verhindern

BERLIN (dpa) CDU-Chef Friedrich Merz fordert SPD und Grüne auf, den Unionsanträgen für eine härtere Migrationspolitik zuzustimmen, um im Bundestag eine Abgrenzung von der AfD zu erzielen. Bei den Abstimmungen „liegt es an der SPD, an den Grünen und an der FDP, zu verhindern, dass es Mehrheiten gibt, die keiner von uns will“, sagte der Unionskanzlerkandidat nach Beratungen der Parteispitze in Berlin. Während die FDP-Fraktion zustimmen will, werfen SPD und Grüne Merz und der Union vor, mit ihrem Vorgehen gegen Verfassung und Europarecht zu verstoßen und die AfD hoffähig zu machen. Zudem zweifeln sie an, dass der CDU-Chef die „Brandmauer“ zur AfD aufrecht erhält. Merz weist die Vorwürfe strikt zurück.
Themen des Tages Seite 5

Missbrauch durch Priester kommt Bistum Trier teuer zu stehen

Wie viel Geld hat der Bischöfliche Stuhl in Trier bislang an die Missbrauchstopfer gezahlt? Der Betrag ist hoch – und ein Ende der Entschädigungszahlungen ist nicht in Sicht.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch Priester und Ordensleute kommt die katholische Kirche teuer zu stehen. Allein das Bistum Trier hat bislang knapp vier Millionen Euro an die Opfer sexueller Übergriffe gezahlt, wie eine Sprecherin auf Anfrage unserer Redaktion sagte. Danach haben bislang 196 Betroffene sogenannte Leistungen in Anerkennung des Leids erhalten. Allein im vergangenen Jahr seien für 40 Anträge insgesamt rund 1,1 Millionen Euro ausgezahlt sowie Therapiekosten in Höhe von 39.000 Euro erstattet worden.

Das Bistum rechnet damit, dass weitere Zahlungen fällig werden. Nach Angaben der Sprecherin wurden in der Bilanz dafür Rückstellungen in Höhe von 1,1 Million Euro gebildet.

Die stammen nach Bistumsangaben ausschließlich aus Mitteln des Bischöflichen Stuhls – also nicht aus der Kirchensteuer. Das Vermögen des Bischöflichen Stuhls in Trier besteht aus Kapitalanlagen, Darlehensfor-

derungen, Bankguthaben und Immobilien, die vermietet sind. Dazu zählen knapp zwei Dutzend Büro-, Verwaltungs- und Wohnhäuser. Allein darüber kamen laut der gerade veröffentlichten 2023er-Bilanz des Bischöflichen Stuhls etwa 1,2 Millionen Euro rein.

Der Bischöfliche Stuhl ist mit rund 13,5 Prozent an der Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft (ASW) beteiligt, einer der größten katholischen Wohnungsbaugesellschaften Deutschlands. Die ASW verwaltet mit ihren Tochter- und Untergesellschaften bundesweit rund 26.000 Wohnungen und knapp 3000 Gewerbeeinheiten, darunter Hunderte eigene und fremde Wohnungen in der Region Trier.

Zurück zum Thema Opferentschädigung: Wo dies möglich ist, fordert das Bistum die finanziellen Leistungen von den Tätern zurück. In den meisten Fällen sind diese aber inzwischen verstorben.

Im vergangenen Jahr hatte zudem erstmals ein ehemaliges Missbrauchstopfer eine Schmerzensgeldklage gegen das Bistum Trier

angekündigt. Der heute Anfang 60-jährige Mann war als Schulkind von einem Pfarrer in einem Ort an der Mosel jahrelang vergewaltigt worden. Wie unlängst bekannt wurde, ist aus der Klage aber nichts geworden, weil das Landgericht dem Antragsteller Prozesskostenhilfe versagt hatte. Begründung: Der beabsichtigte Prozess habe keine Aussicht auf Erfolg, weil die Taten verjährt seien und das Bistum Trier die durchgreifende Einrede der Verjährung erhoben habe.

Bei der Einrede der Verjährung handelt es sich um ein juristisches Mittel, um Rechtsansprüche zeitlich zu begrenzen. Berufet sich ein Schuldner – wie im konkreten Fall das Bistum Trier – darauf, verweigert er die Zahlung, da die Vorwürfe inzwischen verjährt sind. Ein Verzicht auf dieses Recht ist allerdings möglich.

Eine Bistumssprecherin sagte, dass die sogenannte Einrede der Verjährung „nicht als generelle Linie für eventuelle weitere Klagen gegen das Bistum Trier zu verstehen“ sei. Im konkreten Fall habe man dies nur gemacht, weil aus der Personalakte des Geistlichen „keine Hinweise auf Fehl-

verhalten im Kontext eines sexuellen Missbrauchs“ zu entnehmen seien.

Die Opferinitiative Missbit hat angekündigt, gegen die Entscheidung vors Koblenzer Oberlandesgericht zu ziehen.

Auch in anderen Bistümern sind die Verjährungsfristen in Schmerzensgeldprozessen von Missbrauchstopfern ein Thema. Die bundesweit aktive Opferinitiative Eckiger Tisch hat sich deshalb bereits für eine vorübergehende Aussetzung der Verjährung ausgesprochen, damit mehr Betroffene ihre Ansprüche geltend machen können. Eine entsprechende Petition an die Deutsche Bischofskonferenz, die auch vom Zentralkomitee der Katholiken unterstützt wird, haben bislang mehr als 86.000 Menschen unterschrieben.

Ob mit oder ohne Verjährung, eines steht jetzt schon fest: Für das Bistum Trier ist beim Thema Entschädigung von Missbrauchstopfern das letzte Kapitel noch längst nicht geschrieben. Zu den bislang gezahlten vier Millionen Euro dürften in den kommenden Jahren noch viele weitere Millionen hinzukommen.

Frau stirbt bei Verkehrsunfall in der Eifel

LÜNEBACH (red) Nach einem schweren Verkehrsunfall zwischen Lünebach und Lichtenborn ist eine Frau an ihren Verletzungen gestorben. Am Montagmorgen, 27. Januar, war auf der B410 zwischen Lünebach und Lichtenborn ein Auto gegen 6.07 Uhr mit einem entgegenkommenden LKW zusammengedrückt. Davor soll ein Kleintransporter zwei LKW bergauf überholt haben und dadurch den entgegenkommenden Verkehr zum Ausweichen gebracht haben. Laut Polizei soll der Unfall aufgrund dessen wahrscheinlich zustande gekommen sein. Der Fahrer wurde bereits ermittelt.

Lauterbach: Corona-Aufarbeitung muss dringend kommen

BERLIN (dpa) Vor fünf Jahren gab es in Deutschland die ersten bestätigten Corona-Infektionen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach fordert eine Aufarbeitung der Corona-Politik nach der Bundestagswahl. Der SPD-Politiker bezeichnete es im Deutschlandfunk als Fehler, dass dies nicht geschehen sei. Die Aufarbeitung hätte die Ampel-Regierung leisten müssten.
Wissen Seite 27

SWR löst den NDR beim Eurovision Song Contest ab

HAMBURG/BADEN-BADEN (dpa) Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) gibt nach fast 30 Jahren die Verantwortung für den Eurovision Song Contest (ESC) ab. Der Südwestrundfunk (SWR) wird von 2026 an innerhalb der ARD federführend verantwortlich für den Wettbewerb sein, wie der SWR mitteilte. „Darauf haben sich die beteiligten Sender der ARD verständigt.“ Der Staffelstab wird demnach nach dem diesjährigen ESC-Finale übergeben. „Im Zuge der ARD-Reform bündelt die ARD ihre Kräfte“, hieß es weiter in

der Mitteilung. Der ESC sei das größte Show-Event der ARD, betonte ARD-Programmdirektorin Christine Strobl. „Dies ist maßgeblich dem NDR zu verdanken, der die Marke mit enormem Einsatz immer weiterentwickelt hat und nun in Zusammenarbeit mit Stefan Raab einen sicher grandiosen Schlusspunkt setzen wird.“ Sollte Deutschland 2025 den Wettbewerb gewinnen, verantwortet der NDR 2026 das internationale Finale. Doch davon war Deutschland in den vergangenen Jahren weit entfernt

und immer wieder flammt Kritik auf, dass man beim ESC so gut wie nie auf den vorderen Plätzen landet. Der letzte ESC-Sieg mit Lena Meyer-Landrut („Satellite“) liegt 15 Jahre zurück – damals unter aktiver Beteiligung von Stefan Raab. Der Entertainer ist dieses Jahr dann auch Teil des Jury-Teams bei der Suche nach dem deutschen Act. In vier Live-Castingshows – drei davon bei RTL und dann das Finale im Ersten am 1. März, einem Samstagabend – wird der deutsche Musikbeitrag für den ESC 2025 ermittelt.

Winter pausiert – stattdessen windig und wechselhaft

OFFENBACH (dpa) Winterwetter ist auch in den kommenden Tagen in weiten Teilen Deutschlands nicht in Sicht. Dafür wird es mild, wechselhaft, windig und mitunter auch stürmisch. „Bei einzelnen kräftigen Schauern treten nicht nur im Bergland, sondern auch in tiefen Lagen teilweise Böen bis Sturmstärke auf“, sagte der Meteorologe Robert Hausen vom Deutschen Wetterdienst (DWD). „Dabei reden wir dann von Windgeschwindigkeiten zwischen 70 und 80 Kilometern pro Stunde.“ Am heutigen Dienstag sei das vor allem im Westen

und Nordwesten der Fall. Gleichzeitig Sorge kräftiger Südwestwind für Nachschub an milder Atlantikluft. Die Konsequenz: Tageshöchstwerte, die nicht selten zweistellig sind.

„Bis zur Wochenmitte bleiben böiger Wind, milde Luft und zeitweilige Regenfälle unser ständiger Begleiter“, erklärte der Meteorologe. Für den Mittwoch bedeutet das: verbreitet Wolken, im Norden teils Regen, sonst einige Schauer. Ab Donnerstag sollen Wind und Regen allmählich nachlassen und wieder mehr kalte Luft ins Land strömen.